

Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Heimstätte für Drogenabhängige

Die Situation für drogenabhängige Menschen in der Stadt Bern ist unbefriedigend. Zwar wird den Abhängigen punktuell Hilfe angeboten (z.B. Essensabgabe, Drogenanlaufstelle, Sozialhilfe), doch werden die Menschen grossenteils alleine gelassen. Dieser Umstand soll unter Berücksichtigung folgender Ziele geändert werden:

- Den Drogenabhängigen der Stadt Bern soll ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Für sie ist eine situationsgerechte Betreuung sicher zu stellen.
- Für die Drogenabhängigen soll eine Tagesstruktur geschaffen werden. Dies soll ihnen Halt im Leben bieten und einen allfälligen Ausstieg erleichtern.
- Familie und Bekannte der Abhängigen sind von der Betreuungsarbeit zu entlasten.

Um diese Ziele zu erreichen, soll der Gemeinderat die Schaffung einer Heimstätte für Drogenabhängige prüfen. Einen Ideenbeschrieb, wie sich eine solche Heimstätte ausgestaltet liesse, ist als Beilage zu finden. Die Idee orientiert sich an einer ähnlichen Stätte im Kanton Zürich, entsprechend ist mit den zuständigen Personen Kontakt aufzunehmen.

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Stadtrat einen Bericht insbesondere zu folgenden Punkten zu unterbreiten:

1. Bedürfnisabklärung nach einer Heimstätte für Drogenabhängige. Hierbei ist nicht nur auf eine Befragung der Abhängigen abzustützen, sondern es sind auch Gespräche mit Experten sowie den Betreibern der Heimstätte in Zürich zu führen.
2. Vorschlag eines Realisierungsmodells für die Heimstätte. Darunter fallen unter anderem die Abklärung eines möglichen Standortes sowie die Klärung der Frage, ob und wie die Heimstätte in Zusammenarbeit mit Privaten realisiert werden soll.
3. Möglichst genaue Abklärung der Investitionskosten sowie der jährlich anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten.
4. Ausarbeitung eines Vorschlages zur Finanzierung der unter Punkt 3 genannten Kosten. Der Gemeinderat soll dabei insbesondere aufzeigen, wie er die jährlich anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten im bisherigen Finanzhaushalt zu kompensieren gedenkt.

Bern, 17. Januar 2008

Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF), Ueli Haudenschild, Pascal Rub, Philippe Müller, Dannie Jost, Yves Seydoux, Markus Kiener, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem

Antwort des Gemeinderats

Im letzten Jahr hat der Gemeinderat das Strategiepapier "Suchtpolitik: Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen 2007-2012" verabschiedet. Darin wurde festgehalten, dass die bestehenden Wohnangebote teilweise angepasst werden müssen, um den aktuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Vorgesehen ist unter anderem die Zusammenführung mehrerer Wohnangebote

in eine Liegenschaft und das Schaffen zusätzlicher begleiteter Wohnplätze. Insbesondere sollen mehr Plätze zur Verfügung stehen, bei denen auch konsumiert werden darf und sich die Bewohnerinnen und Bewohner auch tagsüber darin aufhalten können.

Die im Postulat aufgeführten Punkte und Vorschläge bewegen sich in eine ähnliche Richtung und können zum Teil miteinbezogen werden. Die Besichtigungen von bereits bestehenden, ähnlichen Wohnangeboten sind vorgesehen resp. bereits erfolgt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben und sich nicht jedes Modell eins zu eins auf die Stadt Bern übertragen lässt.

Die grösste Herausforderung wird sein, eine passende Liegenschaft zu finden. Hier müssen verschiedene Kriterien (Grösse, Standort etc.) erfüllt sein, damit das Angebot bedürfnisgerecht und möglichst kostengünstig ausgestaltet werden kann. Ob in dieselbe Liegenschaft auch noch eine Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige integriert werden könnte, muss sowohl unter fachlichen Gesichtspunkten als auch hinsichtlich Lage und Ausgestaltung einer konkreten Liegenschaft abgewogen werden.

Mit der Zusammenführung verschiedener kleiner Angebote in eine grössere Institution wird eine kostenneutrale Umsetzung der Angebotsanpassung angestrebt. In welcher Form allfällige zusätzliche Mittel beschafft würden, wird ebenfalls Gegenstand von Abklärungen sein.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 4. Juni 2008

Der Gemeinderat